



10 Ziele für ein starkes Europa



Mit einer starken Wirtschaft für ein starkes Europa



Ingo Kramer

Europa steht vor der wichtigsten Wahl zum Europäischen Parlament seit Langem. Der Zusammenhalt der Europäischen Union (EU) ist gefährdet. Von außen versuchen strategische Konkurrenten unsere Union zu spalten, um die Mitgliedstaaten zu isolieren und Europa zu schwächen. Im Inneren werben politische Gruppierungen lautstark für den Rückzug ins Nationale. Und durch den Brexit verliert die EU aller Voraussicht nach einen ihrer größten Mitgliedstaaten.

Die deutsche Wirtschaft bekennt sich klar zu Europa: Wir sind stolze Europäer. Europa ist nicht die Ursache, sondern die Lösung vieler Probleme. Wir setzen uns bei den Wahlen zum Europäischen



Prof. Dieter Kempf

Parlament für alle politischen Kräfte ein, die den europäischen Einigungsprozess unterstützen.

Die europäische Integration ist das erfolgreichste Projekt unserer Zeit: Sie hat nicht nur eine beispiellose Friedensperiode garantiert, sondern bleibt auch in Zukunft unverzichtbar. Denn auf die Herausforderungen von heute kann Europa nur als Ganzes antworten. Probleme etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in Handels- und Umweltfragen wird nur die EU auf Augenhöhe mit anderen Weltmächten lösen. Jeder einzelne Mitgliedstaat – auch Deutschland – ist für sich genommen zu klein. Nur gemeinsam werden wir Europäer die uns verbindenden Werte wie

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit verteidigen und weltweit stärken. Deshalb ist die europäische Integration Teil der politischen und wirtschaftlichen DNA Deutschlands.

Die deutsche EU-Mitgliedschaft ist Grundlage für internationalen Erfolg „made in Germany“. Der EU-Binnenmarkt ist unser Heimatmarkt: Er ist die Basis für Wohlstand in Deutschland und für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft. Egal ob Mittelständler oder Weltkonzern – jedes deutsche Unternehmen profitiert vom gemeinsamen Markt. Der Binnenmarkt ist auch ein soziales Projekt: Er hat etwa in den mittel- und osteuropäischen Staaten nach ihrem EU-Beitritt zu einer enormen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung beigetragen, die für soziale Konvergenz gesorgt hat.

Ohne eine starke Wirtschaft gibt es kein sozial und politisch starkes Europa. Unser Kontinent braucht eine global wettbewerbsfähige Wirtschaft, die

Arbeitsplätze schafft, die Digitalisierung gestaltet, den Klimawandel bewältigt, ressourceneffizient produziert und mit ihren Innovationen die Weltspitze bildet. Europa muss auch seine deindustrialisierten Regionen, in denen die EU-Skepsis besonders ausgeprägt ist, stärker in den Blick nehmen.

Entlang von „10 Zielen für ein starkes Europa“ benennen wir die Vorteile der EU-Mitgliedschaft für Unternehmen sowie für Bürger. Dem widerspricht es nicht, auch auf Schwächen und Fehlentwicklungen hinzuweisen: Die EU braucht eine Reformagenda. Wir schlagen daher Maßnahmen vor, die Europa wirtschaftlich und politisch voranbringen. Das neue Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission müssen die kommenden fünf Jahre nutzen, um die EU stärker und wettbewerbsfähiger zu machen. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich an diesem Prozess und ist Teil der Lösung.

Ingo Kramer
Präsident
Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Prof. Dieter Kempf
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

10

Ziele für ein starkes Europa

1. Binnenmarkt vollenden

- Der Binnenmarkt ist Wachstumstreiber: Der gemeinsame Markt trägt 8,5 Prozent zur europäischen Wirtschaftsleistung bei.
- Der Binnenmarkt ist Beschäftigungsmotor: Er hat seit 1993 über 2,7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.
- ➔ Das ungenutzte Potenzial des Binnenmarkts von bis zu 1,1 Billionen Euro muss endlich voll ausgeschöpft werden.

2. Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit richten

- Europas Industrie steht für rund zwei Fünftel der internationalen Warenexporte und hat einen Weltmarktanteil von gut einem Fünftel.
- Begünstigt durch den europäischen Wirtschaftsraum garantiert die Industrie 61,6 Millionen Arbeitsplätze in Europa.
- ➔ Die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft muss Top-Priorität der politischen Agenda der EU-Institutionen werden.

3. Den Euro stärken

- Dank Euro und EU-Binnenmarkt sind die Exporte innerhalb Europas seit 1992 von 13 auf 20 Prozent des EU-BIP gestiegen.
- Der Euro schafft Preisstabilität: Mit durchschnittlich 1,6 Prozent lag die Inflation in Deutschland seit der Euro-Einführung unter jener zu Zeiten der D-Mark.
- ➔ Die EU sollte Hilfe zur Selbsthilfe leisten sowie die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben.

4. Arbeitsmobilität fördern

- Der demografische Wandel verstärkt den Fachkräftemangel: 2040 wird es rund 6 Millionen weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland geben.
- Freizügigkeit ist ein echter Vorteil: Bürger können EU-weit den Arbeitsplatz frei wählen und den Lebensunterhalt verdienen, Arbeitgeber rekrutieren Fachkräfte aus ganz Europa.
- ➔ Die Bedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen verbessert, Missbrauch bei der Freizügigkeit bekämpft, Talente aus Drittstaaten angeworben werden.

5. Europäische Energie-, Klima- und Umweltpolitik verbessern

- Die EU investiert in Klimaschutz: Der ETS-Innovationsfonds fördert kohlenstoffarme Technologien mit über 10 Milliarden Euro in aktuellen CO₂-Preisen.
 - Die vollständige Anwendung der EU-Abfallgesetze in Europa kann bis 2020 mehr als 400.000 Arbeitsplätze schaffen.
- ➔ Bündelung der innovativen Kräfte und gezielte EU-Industriepolitik sind notwendig, um Technologiesprünge zu realisieren.

6. Subsidiarität achten

- EU-Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Traditionen und Wege bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.
 - Die starke Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verbessert unsere Arbeitswelt.
- ➔ Die Vielfalt bei nationalen Arbeitsmärkten muss erhalten, die Sozialsysteme national gestaltet und es müssen Impulse für solide Finanzierung gegeben werden.

7. Digitalisierung gestalten

- Die EU muss das wirtschaftliche Potenzial eines vertieften digitalen Binnenmarkts von bis zu 415 Milliarden Euro jährlich nutzen.
 - 2016 arbeiteten mehr als 6 Millionen Menschen in der EU-Datenwirtschaft – bis 2020 werden es über 10 Millionen sein.
- ➔ Die EU-Datenwirtschaft hat enormes Potenzial, das nicht durch unangemessene Regulierungen etwa von Plattformen gefährdet werden darf.

8. Strategischen Standortfaktor Bildung in der EU voranstellen

- Grenzüberschreitend lernen leicht gemacht: 9 Millionen Erasmus-Teilnehmer sind eine nachhaltige Erfolgsgeschichte.
 - Zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung schafft Wohlstand und Perspektiven, sie ermöglicht Wirtschaftswachstum in Europa.
- ➔ Die europäische Bildung muss gestärkt werden: Die Erasmus-Mittel müssen verdoppelt und gemeinsam die MINT-Ausbildung attraktiver gemacht werden.

9. Freihandel ermöglichen

- 46 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung basieren auf Außenhandel.
 - Freihandel und offene Grenzen gewährleisten große Produktauswahl, niedrige Preise und sichern Arbeitsplätze.
- ➔ Die EU muss gegen zunehmenden Protektionismus vorgehen und die Welthandelsordnung aktiv gestalten.

10. Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertiefen

- Um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strukturen international mitzugestalten, bedarf es einer nach innen und außen geeinten EU.
 - Enge Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik schützt die Bürger und den regelbasierten Handel.
- ➔ Die EU-Mitgliedstaaten müssen die Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik rasch und deutlich vertiefen.

1 Binnenmarkt vollenden

Europa zum attraktivsten Wirtschaftsraum der Welt machen

- Der Binnenmarkt ist Wachstumstreiber: Der gemeinsame Markt trägt 8,5 Prozent zur europäischen Wirtschaftsleistung bei.
 - Der Binnenmarkt ist Beschäftigungsmotor: Er hat seit 1993 über 2,7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.
- ➔ Das ungenutzte Potenzial des Binnenmarkts von bis zu 1,1 Billionen Euro muss endlich voll ausgeschöpft werden.

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTLICHE SCHLAGKRAFT DANK DER EU INTERNATIONAL 5 MAL HÖHER

Vergleich der Bruttoinlandsprodukte (BIP) der USA, EU und China in Mrd. €, 2017



Europa ist unser Heimatmarkt

Rund zwei Drittel der deutschen Warenexporte und -importe gehen auf den Handel innerhalb der EU zurück. Allein nach Frankreich exportiert Deutschland mehr als nach China. Frankreich wiederum exportiert rund doppelt so viel nach Deutschland wie in die USA. Damit bildet der Binnenmarkt das Fundament von Wachstum, Arbeitsplätzen und Wohlstand in Europa.

Im Binnenmarkt können europäische Unternehmen derzeit mehr als 500 Millionen Konsumenten bedienen und grundsätzlich ohne Barrieren operieren. Einheitliche EU-Regeln ersetzen dabei oft 28 nationale Gesetze. Der Zugang zum Binnenmarkt ist ein enormer Faktor, um unsere Interessen, aber auch unsere Werte global durchzusetzen.

Binnenmarkt: mehr Freiheit, hohe Standards

Im Binnenmarkt kann jeder EU-Bürger ins Mitgliedsland seiner Wahl reisen, dort studieren oder arbeiten. Durch intensiveren Wettbewerb vervielfältigt der große Markt das Waren- und Dienstleistungsangebot und senkt die Preise für Konsumenten. Gleichzeitig gewährleistet er einheitliche Verbraucherschutzregeln – auch im Online-Handel – und garantiert jedem EU-Bürger hohe Produkt-, Gesundheits- und Umweltstandards.

Barrieren für Dienstleistungen und Mitarbeiter abbauen

Das Potenzial eines wirklich vollendeten Binnenmarkts liegt bei bis zu 1,1 Billionen Euro oder bis zu 8,6 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die EU-Staaten sind aufgefordert, endlich die notwendigen Reformen zur weiteren Öffnung ihrer nationalen Märkte zu forcieren.

Schwerpunkte sollten auf der Vertiefung des Dienstleistungsbinnenmarkts sowie der Mobilität von Arbeitnehmern liegen. Dienstleistungen sind der größte und am schnellsten wachsende Sektor in Europa und tragen über 70 Prozent zur europäischen Wirtschaftsleistung bei. Mobilität ist für grenzüberschreitende Dienstleistungen entscheidend. Jedoch können Unternehmen aller Branchen aufgrund der EU-Entsenderichtlinie Mitarbeiter nur unter Einhaltung immer komplizierterer bürokratischer Nachweispflichten ins Ausland entsenden. Für die Logistikbranche braucht es besondere Lösungen.

Der Abbau dieser Barrieren brächte der EU jährlich zusätzliche 338 Milliarden Euro oder 2,4 Prozent an Wirtschaftsleistung.



2 Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit richten

Industrielle Wertschöpfung und Innovation steigern

- Europas Industrie steht für rund zwei Fünftel der internationalen Warenexporte und hat einen Weltmarktanteil von gut einem Fünftel.
 - Begünstigt durch den europäischen Wirtschaftsraum garantiert die Industrie 61,6 Millionen Arbeitsplätze in Europa.
- ➔ Die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft muss Top-Priorität der politischen Agenda der EU-Institutionen werden.

EU-Industriestrategie mit Leben füllen

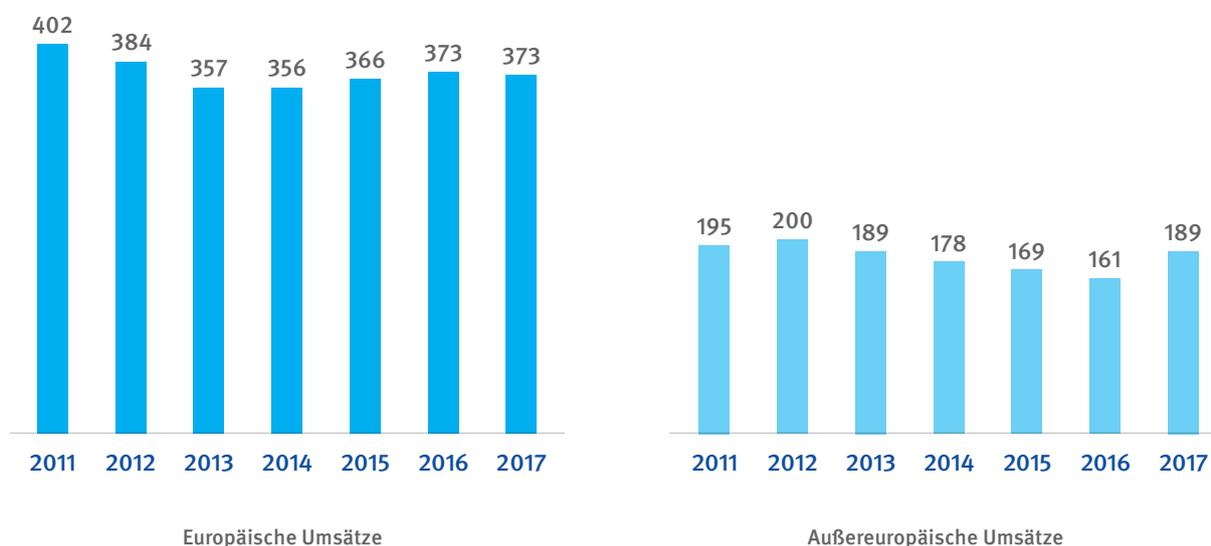
Dank des EU-Binnenmarkts können unsere Unternehmen einfacher mit Partnern in anderen EU-Staaten kooperieren. Allein deutsche und französische Industrieunternehmen beziehen jährlich über 60 Milliarden Euro an Vorleistungsprodukten aus dem jeweiligen Nachbarland. So entstehen in europäischen Wertschöpfungsverbänden von kleinen, mittleren und großen Unternehmen attraktive Lösungen, die global überzeugen und Arbeitsplätze am Standort Europa schaffen.

Wichtig ist, dass sich die EU ein ehrgeiziges Industrieziel für 2030 setzt, unterlegt mit rechtlichen Rahmenbedingungen, konkreten Maßnahmen und Budgets im nächsten mehrjährigen EU-Haushalt.



DIE BEDEUTUNG DES EU-BINNENMARKTS FÜR DEUTSCHE MITTELSTÄNDLER

Vergleich der europäischen und außereuropäischen Umsätze deutscher KMU in Mrd. €, 2011–2017



Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), 2017

Investitionen in grenzüberschreitende Infrastruktur fördern

Grenzüberschreitende Infrastruktur sorgt dafür, dass sich Bürger, Unternehmen, Waren und Dienstleistungen frei über Grenzen hinwegbewegen können. Die EU-Kommission will strategische Infrastrukturprojekte in den Bereichen Energie, Verkehr und Digitales im Zeitraum 2021 bis 2027 zu Recht mit 42,3 Milliarden Euro fördern.

Eine leistungsfähige grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur etwa muss effiziente und verlässliche Logistikabläufe ermöglichen. Dazu sind verstärkte koordinierte Investitionen zum Beispiel ins europäische Schienennetz erforderlich. Zudem müssen innovative Fahrzeugkonzepte im Straßen- und Schienengüterverkehr sowie die Digitalisierung und Standardisierung in der Logistik unterstützt werden.

Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Wettbewerbsrecht anpassen

Europaweit belastet Bürokratie die Unternehmen. Bürokratieabbau stärkt Unternehmergeist, erleichtert Gründungen und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen.

Kooperationen zwischen Unternehmen in der EU stärken europäische Unternehmen gegenüber mächtigen außereuropäischen Konkurrenten. Dementsprechend muss sich das europäische Wettbewerbsrecht im Zeitalter der digitalen Wirtschaft und globaler Märkte stärker als in der Vergangenheit für Kooperationen zwischen Wettbewerbern öffnen.

Der Ordnungsrahmen, in dem die Unternehmen die Zulässigkeit einer Kooperation prüfen müssen, muss angepasst werden. Die Missbrauchsaufsicht und die Fusionskontrolle sollten nicht weiter verschärft, sondern die Verfahren in der Missbrauchsaufsicht beschleunigt werden, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.

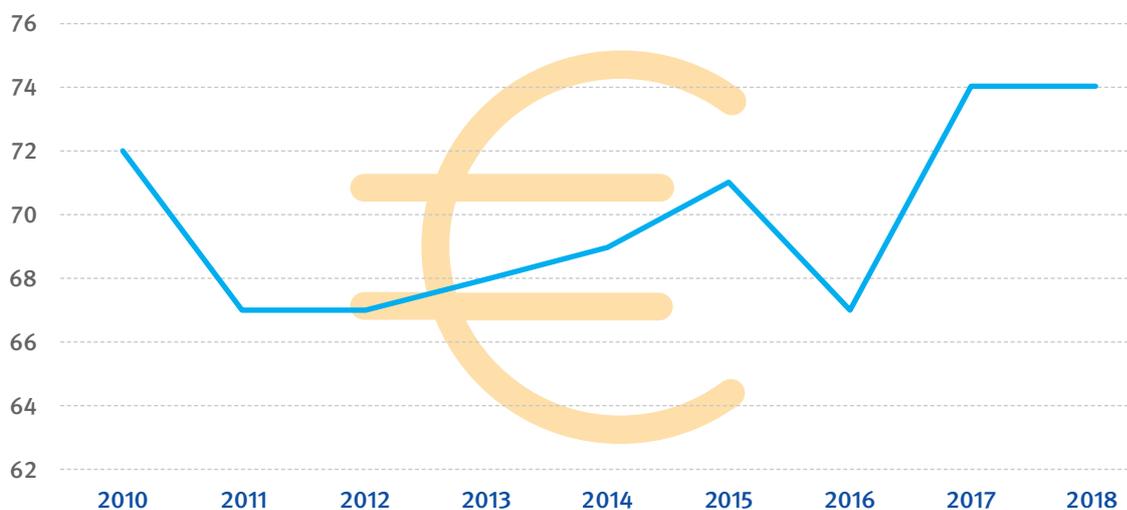
3 Den Euro stärken

Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln

- Dank Euro und EU-Binnenmarkt sind die Exporte innerhalb Europas seit 1992 von 13 auf 20 Prozent des EU-BIP gestiegen.
 - Der Euro schafft Preisstabilität: Mit durchschnittlich 1,6 Prozent lag die Inflation in Deutschland seit der Euro-Einführung unter jener zu Zeiten der D-Mark.
- ➔ Die EU sollte Hilfe zur Selbsthilfe leisten sowie die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben.

ZUSTIMMUNG ZUM EURO AUF REKORDHOCH

Prozent der Bürger im Euroraum, die den Euro als gute Sache für die ganze EU sehen



Weniger Risiko für Unternehmen und Märkte

Der Euro ist eine zentrale Errungenschaft der EU. Der Wegfall von schwankenden Wechselkursen schafft Planungssicherheit für Unternehmen. Das Vertrauen in die Stabilität des Euro ist fundamental für den Aufbau stabiler und grenzüberschreitender Produktionsnetzwerke. Zudem steht dank der Größe des Finanzmarkts der Eurozone mehr Investitionskapital bereit, auch für Mittelständler in Deutschland.

Stabile Preise für 340 Millionen Bürger – seit 20 Jahren

Seit der Einführung des Euro vor 20 Jahren sorgt die Europäische Zentralbank für stabile Preise in Europa. 340 Millionen Bürger der Eurozone profitieren davon in ihrem täglichen Leben. Allein beim Reisen sparen sie jährlich über 30 Milliarden Euro an Wechselgebühren. Schließlich schafft der Euro erhöhte Preistransparenz, mehr Wettbewerb und damit niedrigere Preise.

Eurozone stärken, Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben

Eine stabile Eurozone braucht mehr Zusammenhalt bei gleichzeitiger nationaler Eigenverantwortung. Die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus – und die Stärkung vorbeugender Instrumente – ist ebenso zielführend wie eine Stabilisierungsfunktion zur Absicherung zukunftsorientierter Investitionen im Krisenfall. Finanzielle Hilfen müssen an Strukturreformen und die Einhaltung gemeinsamer Kriterien gekoppelt sein.

Die EU kann nur so stark wie ihre Mitgliedstaaten sein. Diese müssen die notwendigen Reformen zur Stärkung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit umsetzen. Dies umfasst solide finanzierte Sozialsysteme, flexible Arbeitsmärkte, ein besseres regulatorisches Umfeld für Unternehmen und die Stärkung des Wettbewerbs, der Innovation und der Produktivität.

Die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion ist ebenso zentral. Dazu bedarf es einheitlicher Regeln und Krisenmechanismen für Banken sowie reibungslos funktionierender grenzüberschreitender Finanzierungs- und Anlagemöglichkeiten. Die nach wie vor bestehende Diskrepanz zwischen den nationalen Risiken muss weiter abgebaut werden.



Arbeitsmobilität fördern

Arbeitnehmerfreizügigkeit optimieren, Talente für die EU gewinnen

- Der demografische Wandel verstärkt den Fachkräftemangel: 2040 wird es rund 6 Millionen weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland geben.
 - Freizügigkeit ist ein echter Vorteil: Bürger können EU-weit den Arbeitsplatz frei wählen und den Lebensunterhalt verdienen, Arbeitgeber rekrutieren Fachkräfte aus ganz Europa.
- ➔ Die Bedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen verbessert, Missbrauch bei der Freizügigkeit bekämpft, Talente aus Drittstaaten angeworben werden.

Talent kennt keine Grenzen – Lösungen für Fachkräftemangel

Arbeitsmobilität innerhalb der EU und in die EU ist entscheidend für Unternehmen, denn es wird auch bei guter Förderung und voller Ausschöpfung des heimischen Potenzials immer schwieriger, die richtigen Fachkräfte vor Ort zu finden. Die Bevölkerung in Europa altert schnell, in Deutschland wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter bis 2040 um rund 6 Millionen zurückgehen.

Europa bietet zwei Lösungen: die Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der EU und die Zuwanderung von Fachkräften in die EU. Im Wege der EU-Binnenmigration profitiert Deutschland allein von rund 250.000 Menschen, die mehr zu- als abwandern.

Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt schafft berufliche Entwicklungschancen

Freizügigkeit ist ein realer Gewinn für die EU-Bürger. Sie können ihren Lebensunterhalt EU-weit dort verdienen, wo sich ihnen gute Arbeitsplätze bieten, die sie ungehindert auswählen können. In der EU leben beziehungsweise arbeiten 17 Millionen EU-Bürger außerhalb ihres Heimatlands.

Die EU erleichtert die Freizügigkeit innerhalb Europas ganz konkret: Dank der Koordinierung der EU-Sozialversicherungssysteme ist es etwa möglich, Rentenansprüche in einem anderen EU-Staat als im Heimatland zu erwerben und zu übertragen.

ARBEITNEHMERMOBILITÄT WIRD IMMER WICHTIGER

Zahlen und Fakten zur Arbeitsmobilität innerhalb der EU im Jahr 2017

17 Mio.



Europäer leben oder arbeiten in einem anderen Mitgliedstaat

1,4 Mio.



Grenzgänger
(Personen, die in einem Mitgliedstaat arbeiten, ihren Wohnsitz jedoch in einem anderen Mitgliedstaat haben)

über 250.000



Unionsbürger, die 2017 nach Deutschland mehr zu- als abgewandert sind

nur 21.727^{Mal}



wurde 2017 in Deutschland die Blaue Karte EU ausgestellt

Quellen: Europäische Kommission, 2018; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2018

Praktische Hindernisse weiter abbauen

Die Information über freie Arbeitsplätze in Europa und die EU-weite Arbeitsvermittlung können verbessert werden. Generell mangelt es an einer strukturierten Übersicht und Sammlung relevanter Informationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie wissen nicht, was sie Behörden in anderen EU-Staaten gegenüber beachten müssen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit ist das Gegenteil von Zuwanderung in die Sozialsysteme: Der Europäische Gerichtshof hat hierzu wegweisende Entscheidungen getroffen – sie müssen jetzt in die EU-Gesetzgebung aufgenommen werden. Auch sollte das Kindergeld von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten des Staates angepasst werden, in dem die Kinder tatsächlich leben.

Allein inländische und europäische Arbeitskräfte können den Fachkräftemangel nicht kompensieren. Viele EU-Bürger wandern bei wirtschaftlicher Besserung in ihre Heimat zurück. Europa braucht deshalb Zuwanderung durch qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten: Die „Green Card“ der USA ist weltweit bekannt – die „Blue Card“ der EU muss ähnlich attraktiv werden.



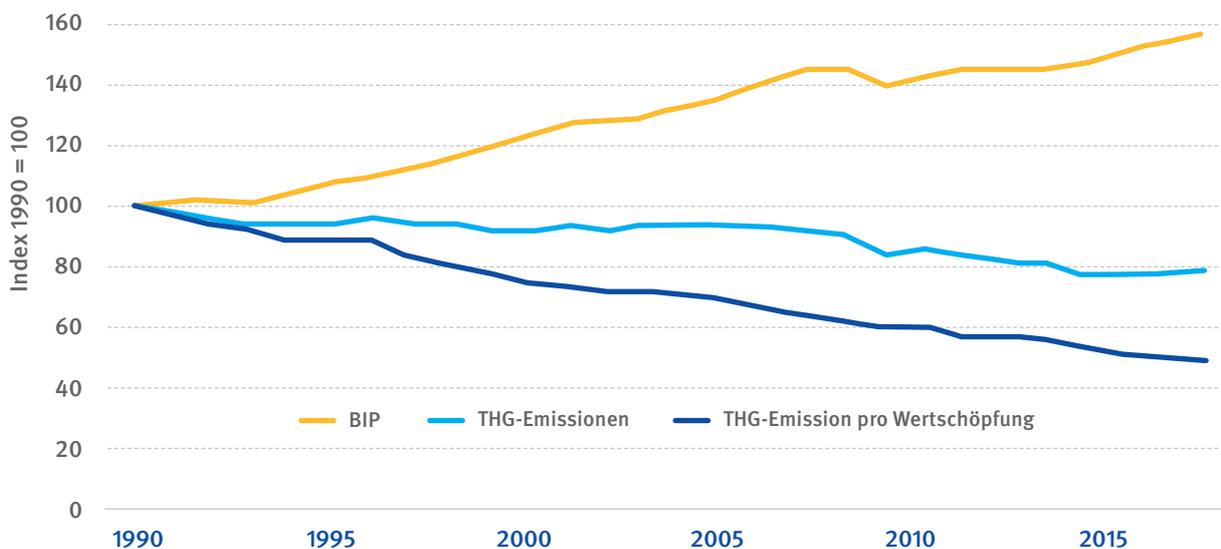
5 Europäische Energie-, Klima- und Umweltpolitik verbessern

Nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft fördern

- Die EU investiert in Klimaschutz: Der ETS-Innovationsfonds fördert kohlenstoffarme Technologien mit über 10 Milliarden Euro in aktuellen CO₂-Preisen.
 - Die vollständige Anwendung der EU-Abfallgesetze in Europa kann bis 2020 mehr als 400.000 Arbeitsplätze schaffen.
- ➔ Bündelung der innovativen Kräfte und gezielte EU-Industriepolitik sind notwendig, um Technologiesprünge zu realisieren.

IN DER EU WÄCHST DIE WIRTSCHAFT, GLEICHZEITIG SINKEN DIE TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Treibhausgas-(THG-)Emissionen in der EU im Verhältnis zu 1990



Transformation der Wirtschaft ist kosteneffizient nur EU-weit möglich

Eine einheitliche europäische Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik ist Grundvoraussetzung für einen kosteneffizienten Übergang zu einem ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Europa. Gemeinsames Handeln bietet hohe Effizienzgewinne. Mit dem europäischen Emissionshandel etwa unterliegen die Treibhausgasemissionen von rund 11.000 Energie- und Industrieanlagen sowie innereuropäische Flüge einem einheitlichen EU-Regelwerk – statt 28 verschiedenen nationalen Regelungen. Durch Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft kann die EU bis 2030 Kosteneinsparungen für Unternehmen von bis zu 600 Milliarden Euro ermöglichen.

Der europäische Klima- und Umweltschutz kommt allen Unionsbürgern zugute

Ein optimal bewerkstelligter Übergang zu einem nachhaltigen Europa sichert qualifizierte Arbeitsplätze. Außerdem profitieren Bürger unmittelbar von europäischen Umwelt- und Klimaschutzregeln. Beispielsweise kann jeder Haushalt dank EU-Regeln zur Energieeffizienz von Produkten bis 2020 jährlich 465 Euro an Energiekosten sparen. Zudem erleichtern einheitliche EU-Standards

verbraucherfreundliche Transparenzregeln und die bessere Vergleichbarkeit von Energie- und Stromkosten – und damit den Anbieterwechsel.

Sicheres Umfeld für Investitionen in nachhaltige Technologien schaffen

Der Investitionsbedarf für die Finanzierung der Energie- und Klimawende beläuft sich auf mehr als eine Billion Euro jährlich. Ein verlässlicher EU-Rahmen muss für alle, besonders für private Investitionen geschaffen werden. Nur so können die notwendigen Investitionen in Schlüsseltechnologien – etwa Energiespeicher und synthetische Kraftstoffe – realisiert und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gestärkt werden.

Zudem müssen die Mitgliedstaaten EU-Recht konsequenter umsetzen. Allein die Vollendung des Energiebinnenmarkts könnte jährlich rund 250 Milliarden Euro einsparen. Eine weitere Integration im Straßenverkehr könnte Gewinne von bis zu 4,5 Milliarden Euro pro Jahr bringen.

Nachhaltige Mobilitätslösungen in der EU erfordern den Aufbau einer Lade- und Tankinfrastruktur für alternative Antriebe. Priorität muss jetzt eine gemeinsame Offensive haben, um das Ziel der EU-Kommission von 799.000 öffentlich zugänglichen elektrischen Ladepunkten bis 2020 zu erreichen.



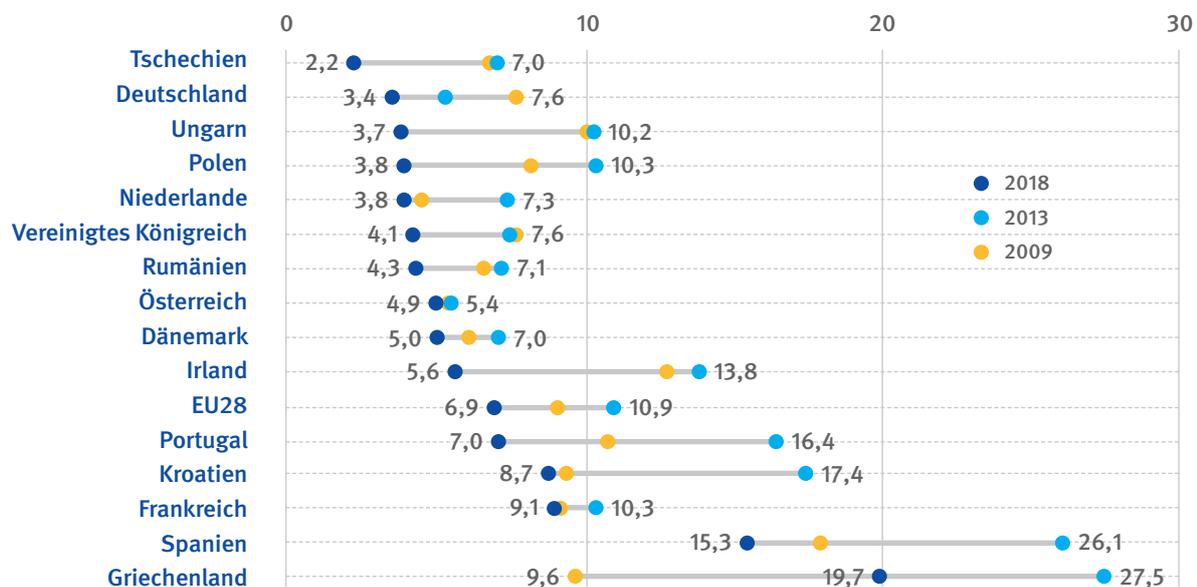
6 Subsidiarität achten

Nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik respektieren

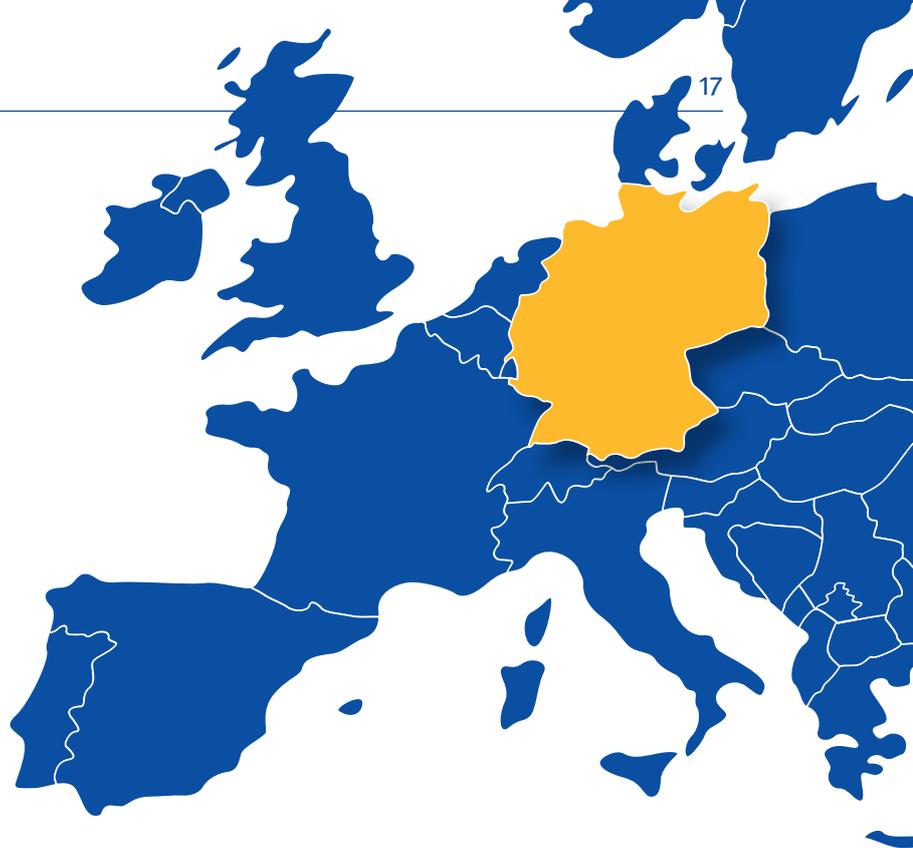
- EU-Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Traditionen und Wege bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.
 - Die starke Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verbessert unsere Arbeitswelt.
- ➔ Die Vielfalt bei nationalen Arbeitsmärkten muss erhalten, die Sozialsysteme national gestaltet und es müssen Impulse für solide Finanzierung gegeben werden.

POSITIVE ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSENQUOTE IN EUROPA

Unterschiede in ausgewählten Mitgliedstaaten im zeitlichen Vergleich, in Prozent



Quelle: Eurostat, 2007–2017, 2018; eigene Berechnung



Komplexität beachten: Stärke durch Vielfalt

Das soziale Europa bezieht seine Stärke auch daraus, dass unterschiedliche Traditionen und Wege in den Mitgliedstaaten bestehen. Dies gilt besonders für das komplexe Feld der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die Sozialpartnerschaft.

Die Arbeits- und Sozialpolitik liegt politisch und rechtlich ausdrücklich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Hier darf die EU nach den Verträgen lediglich in genau festgelegten Bereichen „unterstützen und ergänzen“, in anderen ist jeglicher Eingriff ausdrücklich verboten. Mit über 60 Richtlinien und Verordnungen gibt es genügend EU-Vorschriften. An zusätzlicher europäischer Sozialregulierung besteht kein Bedarf.

EU-Sozialpolitik: Kurskorrektur vornehmen

Dass die Sozialsysteme innerhalb der EU unterschiedlich stark sind, liegt nicht an einem Mangel an EU-Regelungen. Nationale Sozialsysteme lassen sich nur auf Grundlage wirtschaftlichen Erfolgs in den Mitgliedstaaten finanzieren. Das haben viele sozialpolitische EU-Initiativen nicht genügend berücksichtigt.

EU-weit verbindliche Blaupausen darf es nicht geben. Jeder Mitgliedstaat muss seine Arbeitsmärkte und Sozialsysteme eigenverantwortlich

gestalten dürfen. Eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat auf dem Feld der Sozialpolitik würde dem widersprechen. Europäische Finanztransfers bei den Sozialkassen würden zur Vergemeinschaftung von Kosten führen. Auch eine EU-weite, einheitliche Neudefinition des Arbeitnehmers brächte erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.

Wir brauchen eine Kurskorrektur in der EU-Sozialpolitik. Konkrete Impulse für nachhaltige, solide finanzierte Sozialsysteme sollten im Rahmen des Europäischen Semesters gegeben werden.

Sozialpartnerschaft mit Leben füllen

In ganz Europa sollte die Sozialpartnerschaft gezielt gestärkt werden: Gewerkschaften und Arbeitgeber können Fragen der Arbeitswelt in den EU-Mitgliedstaaten selbst am besten regeln. Ein funktionierender sozialer Dialog liefert praxisnahe Ergebnisse.

Genauso wichtig ist der soziale Dialog auf EU-Ebene: Die vielen horizontalen und sektoralen Vereinbarungen beweisen, dass er sehr lebhaft ist. Hier braucht es aber eine gemeinsame Vertrauensbasis mit der EU-Kommission: Es darf nicht wieder passieren, dass sie mit einem Federstrich eine geltende Sozialpartner-Vereinbarung – wie bei der Elternurlaub-Vereinbarung – durch Vorlage einer neuen Gesetzgebung für null und nichtig erklärt.

7 Digitalisierung gestalten

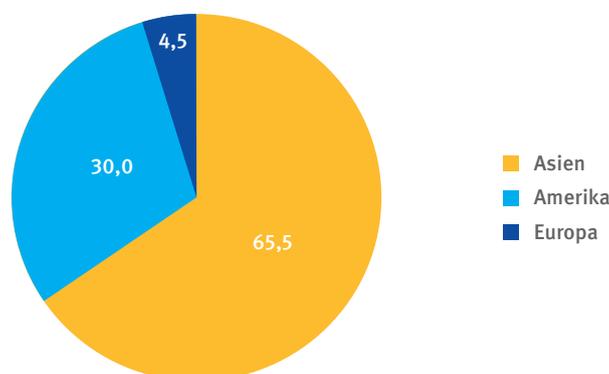
In Zukunft investieren

- Die EU muss das wirtschaftliche Potenzial eines vertieften digitalen Binnenmarkts von bis zu 415 Milliarden Euro jährlich nutzen.
 - 2016 arbeiteten mehr als 6 Millionen Menschen in der EU-Datenwirtschaft – bis 2020 werden es über 10 Millionen sein.
- ➔ Die EU-Datenwirtschaft hat enormes Potenzial, das nicht durch unangemessene Regulierungen etwa von Plattformen gefährdet werden darf.



WELTWEITER WETTBEWERB UM DIGITALE PLATTFORMEN ERFORDERT EINEN FUNKTIONIERENDEN DIGITALEN BINNENMARKT

Anteil aller digitalen Plattformunternehmen mit einer Marktkapitalisierung von mind. 1 Mrd. US\$, die nicht öffentlich gehandelt werden, in Prozent, September 2017



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), 2017

Die digitale Wirtschaft ist Europas Wachstumsmotor

Die EU-Datenwirtschaft wächst jedes Jahr um fast 5 Prozent und könnte bis 2025 für die EU27 769 Milliarden Euro erwirtschaften, das entspräche 5,4 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung. Entscheidende Voraussetzung ist ein funktionierender EU-Digitalbinnenmarkt. Er ermöglicht Unternehmen, auf Basis einheitlicher Regeln Produkte und Dienstleistungen online innerhalb eines Markts von derzeit über 500 Millionen Menschen anzubieten. Zudem will die EU-Kommission von 2021 bis 2027 9,2 Milliarden Euro in die Digitalisierung Europas investieren, einschließlich in Cybersicherheit und digitale Kompetenzen. Hinzu kommen 3 Milliarden Euro Investitionen in die digitale Infrastruktur und europäische Forschungsgelder für Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI).

Höhere Lebensqualität durch den digitalen EU-Binnenmarkt

Ein starkes digitales Europa kommt auch den Bürgern zugute. Insbesondere KI hat das Potenzial, die Bürger im Beruflichen und Privaten zu entlasten. So wird sich die nachhaltige Lebensqualität

in Ballungszentren verbessern – beispielsweise im Straßenverkehr, indem durch automatisiertes und vernetztes Fahren ein Fünftel aller Staus und ein Drittel aller Fahrten zur Parkplatzsuche vermieden werden können.

Digitalwirtschaft stärken, Innovation beschleunigen

Eine erfolgreiche EU-Datenwirtschaft benötigt einen flächendeckenden, technologieneutralen und grenzüberschreitenden Ausbau von 4G-beziehungsweise künftig 5G-Netzen. Dies erfordert effiziente Förderung und harmonisierende Gesetzgebung auf europäischer Ebene. Zudem sollte die EU digitale Schlüsseltechnologien gezielt finanziell unterstützen. Insbesondere das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ muss unbürokratisch und industriefreundlich gestaltet werden. Ferner muss sich Europa stärker für internationale Wettbewerbsgleichheit bei Cybersicherheit einsetzen. Da Unternehmen grundsätzlich bei sämtlichen Rechtsfragen der Digitalisierung EU-Gesetzgebung favorisieren, muss die einheitliche Umsetzung europäischer Gesetze oberste Priorität haben. Schließlich darf Datenschutz nicht zum Innovationshindernis werden – Datensouveränität muss im Mittelpunkt stehen.

8 Strategischen Standortfaktor Bildung in der EU voranstellen

Grundlage für Wohlstand legen

- Grenzüberschreitend lernen leicht gemacht: 9 Millionen Erasmus-Teilnehmer sind eine nachhaltige Erfolgsgeschichte.
 - Zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung schafft Wohlstand und Perspektiven, sie ermöglicht Wirtschaftswachstum in Europa.
- ➔ Die europäische Bildung muss gestärkt werden: Die Erasmus-Mittel müssen verdoppelt und gemeinsam die MINT-Ausbildung attraktiver gemacht werden.

DER ERFOLG VON ERASMUS IN ZAHLEN

Mehr Teilnehmende, Budget und involvierte Organisationen seit über 30 Jahren

über **9 Mio.**

Teilnehmende seit 1987



800.000

davon allein 2017

14,7 Mrd. €

Budget 2014–2020



2,6 Mrd. €

davon 2017

84.700

Organisationen in



33

Partnerländern 2017

Basis für Wohlstand sichern

Der Erfolg der europäischen Wirtschaft hängt von richtiger Bildungspolitik ab: von qualifizierten Mitarbeitern und von ihren Ideen und Innovationen. Der Fachkräftemangel ist seit über zehn Jahren eine immer härter wirkende Wachstumsbremse. Bis 2030 fehlen in Europa zum Beispiel 900.000 IT-Fachkräfte – wenn nicht schnell gegengesteuert wird.

Die Digitalisierung durchdringt unsere Gesellschaften und spielt für Unternehmen und Beschäftigte eine immer größere Rolle. Deshalb ist Bildung – vom Kindergarten über Schulen bis zu Berufsschulen und Hochschulen – ein strategischer Standortfaktor.

Chancen für alle schaffen – Erasmus ausbauen

Eine gute Bildungspolitik ist zugleich die nachhaltig wirksamste Sozialpolitik – sie schafft Perspektiven für alle. Das Erasmus-Programm ist ein unumstrittener Erfolg der EU. Bisher haben 9 Millionen Menschen an Erasmus teilgenommen, um im EU-Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten.

Jedem dritten Erasmus-Praktikanten wurde unmittelbar ein Arbeitsplatz angeboten, die Arbeitslosenrate von Erasmus-Studenten ist fünf Jahre

nach dem Abschluss fast ein Viertel niedriger als bei Studenten ohne einen Erasmus-Aufenthalt. Die geplante Verdoppelung der Erasmus-Mittel ist richtig.

Digitale Kompetenzen stärken

Die EU kann die Mitgliedstaaten in Bildungsfragen unterstützen und etwa nationale Vorbilder bei Bildungssystemen im Rahmen des Europäischen Semesters hervorheben. Die duale Berufsausbildung und das duale Studium sind erfolgreiche deutsche Beiträge.

Die EU sollte auch künftig mit den Sozialpartnern bei der Aus- und Weiterbildung kooperieren. Eine EU-weite MINT-Plattform kann die Attraktivität der Ausbildung in den wichtigen Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) erhöhen.

Im Zentrum der Digitalisierung steht die Kreativität der Arbeitnehmer und damit ihre Ausbildung. Bestehende EU-Förderprogramme und EU-Initiativen sind Beispiele für gute Politik, um digitale Kompetenzen zu unterstützen. Zum Beispiel der Europäische Sozialfonds, der Europäische Fonds für strategische Investitionen und der europäische Aktionsplan für digitale Bildung machen Jung und Alt fit für die Digitalisierung.



9 Freihandel ermöglichen

Standards setzen und Wohlstand fördern

- 46 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung basieren auf Außenhandel.
 - Freihandel und offene Grenzen gewährleisten große Produktauswahl, niedrige Preise und sichern Arbeitsplätze.
- ➔ Die EU muss gegen zunehmenden Protektionismus vorgehen und die Welthandelsordnung aktiv gestalten.

EU-Wirtschaft ist auf Weltmärkten zu Hause und Globalisierungsgewinner

Der Wohlstand in der EU beruht auf freiem und regelbasiertem Welthandel. Produktion findet heute in globalen Wertschöpfungsketten statt. Exporte und Importe haben einen Anteil von 46 Prozent an der europäischen Wirtschaftsleistung, 2007 waren es noch 38,3 Prozent. Europäische Investoren sind für 34,5 Prozent der Bestände grenzüberschreitender Investitionen weltweit verantwortlich. Ausländische Investoren halten ihrerseits Investitionen in Höhe von 5.500 Milliarden Euro in der EU und schaffen damit 5,9 Prozent der Arbeitsplätze in Europa.

Bürger profitieren durch Auswahl, niedrige Preise und Beschäftigungschancen

Vom Freihandel profitieren insbesondere die Bürger. Die Vorteile müssen Politik und Wirtschaft

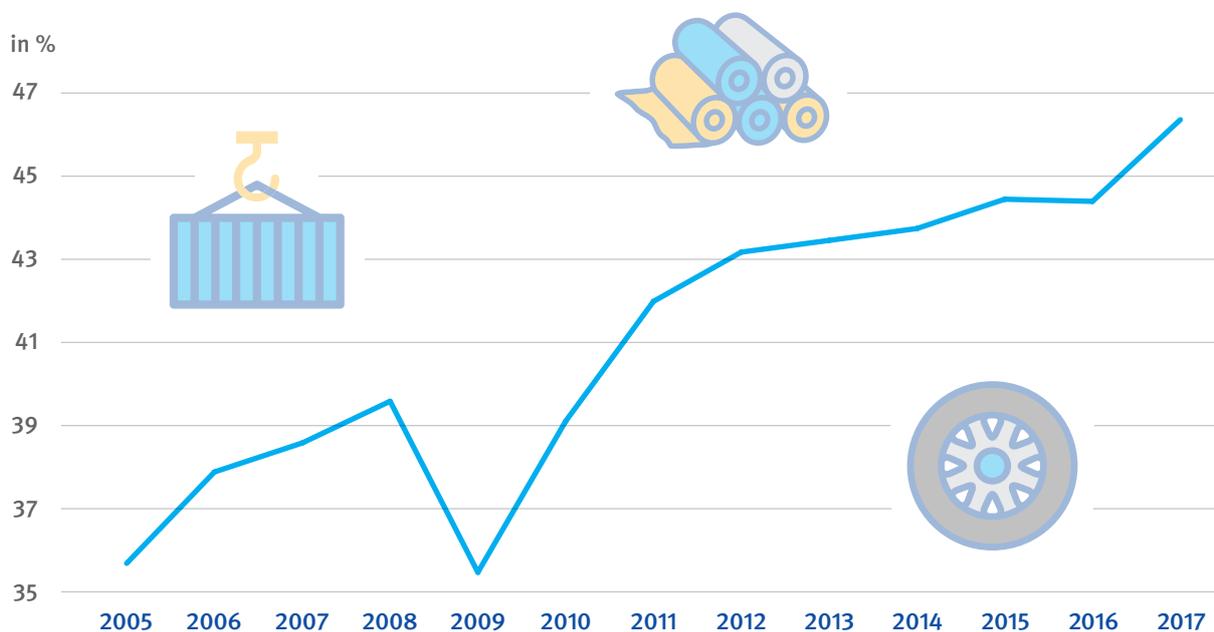
noch besser vermitteln. Zahlreiche Güter sind in den letzten Jahrzehnten erschwinglicher geworden und die Verfügbarkeit hat sich erhöht. Außerdem schafft der Außenhandel Arbeitsplätze. Innerhalb der EU hing 2017 knapp jeder siebte Arbeitsplatz, geschätzt 36 Millionen, von den Exporten in Nicht-EU-Länder ab. Allein die deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU sind für 6,8 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland und für 1,6 Millionen Arbeitsplätze in anderen EU-Ländern verantwortlich.

Einsatz gegen Protektionismus und für Welthandelsordnung

Die EU muss vehement gegen Protektionismus vorgehen und aktiv für die Vorteile des Welthandels eintreten, von dem alle profitieren. Foren wie die G20, G7 und OECD sollten intensiv genutzt werden, um unsere liberale Welthandelsordnung zu stärken. Die WTO muss modernisiert werden,

EU IMMER STÄRKER IN WELTWIRTSCHAFT EINGEBUNDEN

Außenhandelsquote der EU (Summe Exporte und Importe im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung), 2005–2017



Quelle: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), 2017 (Waren und Dienstleistungen)

um den globalen Herausforderungen effizient begegnen zu können. Weitere Freihandels- und Investitionsabkommen müssen geschlossen und die Offenheit für Investitionen bewahrt werden. Im transatlantischen Verhältnis sollte die EU die Agenda offensiv gestalten. Hinsichtlich des Systemwettbewerbs mit China muss die EU einen gestärkten wirtschaftspolitischen Rahmen für den europäischen Binnenmarkt schaffen. EU-Handelspolitik muss zukunftsfähig, nicht rückwärtsgerichtet sein.



10 Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vertiefen

Gemeinsam mehr erreichen

- Um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strukturen international mitzugestalten, bedarf es einer nach innen und außen geeinten EU.
 - Enge Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik schützt die Bürger und den regelbasierten Handel.
- ➔ Die EU-Mitgliedstaaten müssen die Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik rasch und deutlich vertiefen.

DER EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSFONDS STEIGERT DIE EFFIZIENZ VON VERTEIDIGUNGSINVESTITIONEN

Vorteile der vertieften Zusammenarbeit

Der Fonds wird den Mitgliedstaaten helfen, ihre Steuergelder effizienter einzusetzen und den Ertrag ihrer Investitionen zu steigern.



Der Fonds fördert die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie (inklusive der vielen KMU und Mid Caps in der Wertschöpfungskette der Verteidigungsindustrie).



Die EU wird mit diesem Fonds zu einem der größten europäischen Investoren in Verteidigungsforschung und fördert dadurch die Entwicklung von vollständig interoperablen Spitzentechnologien und hochmoderner Ausrüstung.



Die Mitgliedstaaten werden auch weiterhin die Richtung bestimmen und ganz Europa kann seine strategische Autonomie erhöhen.



Gemeinsam sind wir stark

Eine gestärkte EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eingebettet in das transatlantische Bündnis, stärkt die internationale Gestaltungsfähigkeit der EU. Davon profitieren auch europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb. Die einzelnen Ausgaben der EU-Staaten für Sicherheit und Verteidigung decken den notwendigen Bedarf aber nicht ab. Nur gemeinsam können Effektivität und Effizienz gesteigert, technologische Souveränität sichergestellt und Kosten gesenkt werden. Die EU-Mitgliedstaaten könnten durch Kooperation bei Planung, Forschung, Entwicklung und Beschaffung signifikante Effizienzgewinne erzielen.

Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlstand gemeinsam erreichen

Unsere Sicherheit und unsere politische und wirtschaftliche Stabilität sind eng verknüpft mit anderen Staaten und Regionen. Ein gemeinsames Auftreten gegenüber Partnern in Afrika, Asien oder Amerika ist essenziell, um dortige Entwicklungen und ihre möglichen Auswirkungen hierzulande aktiv mitzugestalten – mehr Sicherheit und Wohlstand in Europa wären die Folge.

Europa muss mit einer Stimme sprechen

Neben den Vereinigten Staaten, Russland und China wird die EU kaum als eigenständiger Impulsgeber in der Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen. Nur eine enge Verzahnung der Außenpolitik der EU-Staaten verleiht der EU das internationale Gewicht, um regelbasierten Handel zu schützen, bestehende Märkte aufrechtzuerhalten und neue hinzuzugewinnen.

Im Rahmen der NATO bedarf es daher einer sicherheitspolitischen Strategie der EU. Kernbestandteile sollten ein klar definierter Bedarf an militärischen Fähigkeiten und Innovationen, eine deutliche Erhöhung und Effizienzsteigerung der Verteidigungsausgaben sowie gemeinsame Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte von Rüstungsgütern sein. Der Europäische Verteidigungsfonds mit einem geplanten Volumen von 13 Milliarden Euro und die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) müssen zügig vorangetrieben werden. Nur so kann Europa international mehr Verantwortung übernehmen und als weltweiter Stabilitätsanker agieren.



Impressum



Herausgeber:

Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)
Breite Straße 29
10178 Berlin

T: +49 30 2033-0
www.arbeitgeber.de

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin

T: +49 30 2028-0
www.bdi.eu

Mitglieder von BusinessEurope

Realisierung:

GDA Kommunikation
Gesellschaft für Marketing und Service
der Deutschen Arbeitgeber mbH
Breite Straße 29
10178 Berlin

Redaktion:

BDI/BDA The German
Business Representation

T: +32 2 792-1001
bruessel@bdi.eu

T: +32 2 792-1050
bruessel@arbeitgeber.de

Stand:

April 2019

Die im Text gewählte männliche Form bezieht
sich immer auf alle Geschlechter.

Fotonachweise:

(Titel) Grecaud Paul | Adobe Stock
(2) Ingo Kramer BDA | Christian Kruppa
(2) Prof. Dieter Kempf BDI | Christian Kruppa
(5) brichuas | shutterstock
(8) industrieblick | Adobe Stock
(11) Neustockimages | iStockphoto
(13) kasto | Adobe Stock
(15) Starstuff | Adobe Stock
(18) gorodenkoff | iStockphoto
(21) SeventyFour | iStockphoto
(23) Asia-Pacific Images Studio | iStockphoto
(25) stormwatch153 | iStockphoto



www.arbeitgeber.de
www.bdi.eu

